

Es gilt das gesprochene Wort

Herausforderungen an Finanzpolitik und Finanzplatz

Ausführungen von Regierungsrat Christian Wanner, Präsident FDK,
BankersTalk, Zürich, 13 April 2010

Und es gibt sie doch noch, die **guten Nachrichten**:

- In internationalen Ranglisten belegt die Schweiz nach wie vor Spitzenplätze bezüglich Wettbewerbsfähigkeit, Geldwertstabilität, Steuerbelastung von natürlichen und juristischen Personen, Einkommen, Arbeitslosigkeit, Korruption, Forschungs- und Innovationstätigkeit, ja sogar bezüglich Lebensqualität der Städte und Glücksempfinden der Bevölkerung. Wen wundert es da, dass die Schweiz für qualifizierte Arbeitskräfte ein attraktives Zuwanderungsland ist?
- Selbst wenn wir aus der Innensicht glauben, Rechtssicherheit und politische Stabilität seien in der Schweiz auch schon besser gewesen, so sind sie im Urteil des Auslands - das nicht mit jenem ausländischer Medien zu verwechseln ist - doch noch intakt. Schenkt man Umfragen Glauben, so trifft dies auch für die Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz zu.
- Der Finanz- und Wirtschaftskrise konnte sich die Schweiz selbstverständlich nicht entziehen, aber sie traf sie in einer relativ soliden Ausgangslage. Die Stabilisierung des Bankenplatzes erforderte rasches Handeln und band zwar für sich betrachtet riesige Summen. Gemessen an der Grösse des Bankenplatzes Schweiz im Verhältnis zur schweizerischen Volkswirtschaft waren die eingesetzten Mittel im internationalen Vergleich indessen sehr bescheiden – und trugen der Bundeskasse sogar noch einen erklecklichen ausserordentlichen Ertrag ein. Die Lasten und Risiken bei der SNB dürfen darüber nicht vergessen gehen.
- Am Ende des Jahres 2009 schlossen die Rechnungen von Bund und der Kantone – soweit diese bereits vorliegen – mit Überschüssen oder doch zumindest deutlich

besser als budgetiert ab. Trotz automatischer Stabilisatoren und konjunkturpolitischer Stabilisierungsmassnahmen konnte die Verschuldung reduziert werden.

- Der über die vergangenen Konjunkturzyklen lehrbuchmässige Verlauf der Defizitquote sowie Niveau und Entwicklung der Verschuldensquote der öffentlichen Haushalte in der Schweiz müssen die Finanzminister der G-20 mit Neid erfüllen – und tun es auch, wenn man sich deren Appetit auf Steuereinnahmen aus der Schweiz vor Augen hält.
- Man sagt oft, dass das Nicht-EU-Mitglied Schweiz das EU-Recht am geflissentlichsten befolge. Nicht anders steht es um die Erfüllung der Maastricht-Kriterien, wo die Schweiz zur kleiner werdenden Gruppe der Musterschüler zählt.

Ist also **alles im Butter**? Wenn ich Äusserungen von einzelnen Bankern höre und vor allem über deren Taten lese, dann könnte ich das glauben und meinen, die kurz gestörte Party könne weitergehen – nachdem der Staat kurz mal gelüftet und den Müll aufgeräumt und übernommen hat.

Ich weiss nicht, welche Lehren aus der Krise die Banker gezogen haben. Es ist auch nicht meine Aufgabe, Strategien für die Banken zu entwickeln. Gerade die jüngste Geschichte zum Beispiel bei unserem nördlichen Nachbarn lehrt, dass Politiker nicht die besseren Banker sind. Und im eigenen Land haben wir damit ausreichend Anschauungsunterricht. Ich denke an die Kantonalbanken von Bern, Genf, Waadt, Ausserrhoden und meines eigenen Kantons, Solothurn. Aber wenn ich zum Beispiel vernehme, dass neuerdings auch für das Büroräumen eine Millionenentschädigung bezahlt wird, habe ich den Eindruck, dass Bescheidenheit, Augenmass und Bodenhaftung nicht zu den gezogenen Lehren zählen.

Ich komme damit zu den **Herausforderungen**:

- An das gerade eben Gesagte anknüpfend komme ich zur ersten, langfristig bedeutendsten Herausforderung: **die Sicherung der Akzeptanz einer liberalen, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung**. Für den Bankenplatz ist nicht allein das Vertrauen der Kunden notwendig. Er muss ausserdem das Seinige dazu beitragen, damit das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in die Wirtschaft intakt bleibt. Es griffe zu kurz, die Kritik an Lohnexzessen einfach als populistisches

Schüren von Emotionen abzutun. Wirtschaft ist nur vordergründig eine rationale, auf Fakten und Zahlen beruhende Veranstaltung. Sie ist vielmehr und insofern eine emotionale Veranstaltung, als nicht Maschinen, sondern Menschen mit Emotionen, Erwartungen – mitunter bis hin zum Herdentrieb - und Vertrauen ihren Antrieb und ihr Fundament bilden: Vertrauen in die Verlässlichkeit des Lieferanten, in die Zahlungsfähigkeit des Kunden, in die Schuldendienstfähigkeit von öffentlichen und privaten Schuldnern, in die Stabilität einer Währung und einer Rechtsordnung. Die Folgen fehlenden Vertrauens im Interbankgeschäft erlebten wir jüngst eindrücklich.

Vertrauen ist in einer freiheitlichen Gesellschaft besser als Kontrolle. Es ist bezeichnend, dass der Autor der umgekehrten Aussage, Lenin, ebenso wenig wie seine Jünger als freiheitlicher Denker und Täter in die Geschichte einging. Will die Wirtschaft freiheitliche Rahmenbedingungen, ist sie besonders in der Schweiz auf das Vertrauen von Mehrheiten angewiesen. Diese kann man nicht mit den wenigen Top-Verdienern erlangen, sondern mit Leuten, deren Medianeinkommen mit CHF 70'000 weit entfernt von den Einkommen in Ihrer Branche liegt. Diese Leute lassen sich mit dem Schutz der Privatsphäre nicht ködern und vom automatischen Informationsaustausch, vom gläsernen Bürger oder von einer Weissgeld-Strategie nicht erschrecken. Für sie ist solches – zumindest in einigen Kantonen - schon Realität: Ihre Lohnausweise werden ohne ihr Dazutun den Steuerbehörden übermittelt. Wenn sie es überhaupt schaffen, freies Vermögen und Vermögenserträge zu bilden, so sind dies regelmässig Ersparnisse aus bereits versteuertem Erwerbseinkommen. Diese Leute sind nicht per se die besseren Menschen, sagt man doch, dass Tugend Mangel an Gelegenheit sei. Man kann ihnen aber nicht verargen, wenn sie die laufenden Diskussionen rund um Steuern und Bankinformationen als akademische Luxusprobleme von Reichen und ihren Helfern empfinden mögen.

Die Abstimmung über den Rentenumwandlungssatz kann zumindest teilweise auch als Denkwort an die Adresse der Finanzbranche interpretiert werden. Das deutet zusammen mit den Diskussionen um die sogenannte Abzocker-Initiative darauf hin, dass das Vertrauen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gelitten hat und wieder aufzubauen ist. Das gelingt nicht mit dem Fortschreiben der Masslosigkeit und dem Widerstand gegen Regulierungen, als ob nichts geschehen wäre. Auch der Hinweis auf die jahrzehntelangen namhaften Beiträge des Finanzplatzes an den

Wohlstand der Schweiz hilft nicht weiter, mag er noch so berechtigt sein. Er wird überstrahlt von der Verantwortlichkeit für die Finanz- und Wirtschaftskrise und die staatlichen Rettungsaktionen, welche der Finanzbranche zugeschoben wird. Und bevor Sie mit der Politik hadern: vergessen Sie nicht, dass es in- und ausländische Kolleginnen und Kollegen von Ihnen waren, die am Ausgangspunkt dessen standen, was die Linke in diesem Land während Jahrzehnten nicht schaffte: die Schleifung des steuerlichen Bankkundengeheimnisses.

Ist nun aller Tage Abend für den Finanzplatz Schweiz? Es klingt abgedroschen, aber ich sage trotzdem, dass eine Krise auch eine Chance sein kann. Ich mag mich noch an Zeiten erinnern, als schweizerische Banken sich nicht über höhere Eigenmittelunterlegungen beklagten, sondern diese als Marketing-Argument ins Feld führten. Das Wehklagen der Banken über die bodenrechtlichen Sofortmassnahmen Ende der 80er/anfangs 90er-Jahre habe ich noch in den Ohren. Dass die Schweiz dieses Mal von einer Immobilienblase verschont blieb, hat wohl auch damit zu tun, dass die Banken ihre Lehren aus den damaligen Erfahrungen zogen. Auch mag ich mich noch gut daran erinnern, wie sich Banken und Finanzintermediäre seinerzeit gegen die Geldwäschereigesetzgebung und die Abwehr von Potentaten-Geldern wehrten. Heute ist selbst die Bankiervereinigung stolz über die guten Zeugnisse, welche die FATF (Financial Action Task Force) der Schweiz in Sachen Geldwäscherei ausstellt. Warum sollte sich solches am Ende eines schmerzhaften Übergangs zu einer Weissgeld-Strategie nicht wiederholen?

- Eine zweite Herausforderung sehe ich in der **Sicherung der finanzpolitischen Solidität**. Einnahmeseitig wird die Finanz- und Wirtschaftskrise erst mit Verzögerung auf die öffentlichen Haushalte durchschlagen. Wir können nicht ausschliessen, dass die Erträge des Finanzplatzes nie mehr im selben Mass sprudeln werden wie in der Vergangenheit. Gleichzeitig ist keine Entspannung bei bedeutenden Ausgabentreibern wie den Verkehrsinfrastrukturen, den Sozialversicherungen und dem Gesundheitswesen in Sicht. Hinzu kommen demografische Probleme, die sich noch nicht in den öffentlichen Finanzplänen, sondern erst in einer Generationenbilanz niederschlagen. Ich denke hier z.B. an die Ausfinanzierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen, welche über die nächsten 40 Jahre geschätzte CHF 43 Mrd. verschlingen wird.

Die explodierenden Schulden vieler Staaten, die Probleme Islands, Griechenlands und Portugals – ob denen z.B. die USA, Japan nicht zu vergessen sind – zeigen, dass die Finanzkrise über die Wirtschaftskrise zur Staatskrise mutieren könnte. Es wäre vorzuziehen, wenn diese Gefahr auf der Ausgabenseite abgewendet würde. Leider ist das Ansetzen auf der Einnahmeseite – und sei es auch mit Erträgen aus sogenannten ausländischen Steueroasen - wahrscheinlicher. Fatal wäre es, das Heil in der Weginflationierung der Schulden zu suchen. Dieser Verlockung ist zu widerstehen. Ich bin froh, dass die Präsidenten von Nationalbank und der deutschen Bundesbank dieser Idee eine unmissverständliche Absage erteilten.

Ebenso ist für die Schweiz positiv zu vermerken, dass für ein Mal das Diktum „Nach der Tat hält der Schweizer Rat“ nicht stimmt. Die Haushaltsregeln in den Kantonen und beim Bund zwingen die Politik, praktisch gleichzeitig mit konjunkturpolitischen Stabilisierungsmassnahmen auch an die Exit-Strategie zu denken. So schnüren denn auch zahlreiche Kantone Sparprogramme und der Bund arbeitet ein Konsolidierungsprogramm aus.

- Wenn Sie die Diskussionen um Griechenland in der EU verfolgen, gehörte die **Sicherung der geld- und währungspolitischen Unabhängigkeit** zu den eingangs erwähnten guten Nachrichten. Wir verfügen damit namentlich über ein Handlungsfeld, um realwirtschaftliche Spannungen auszugleichen. Im Euroland steht es nicht mehr zur Verfügung, weshalb dort der Ruf nicht nur nach einem Europäischen Währungsfonds und einer konzertierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik ertönt. Warum soll jenem plötzlich gelingen, was dem Stabilitätspakt des Euros nicht gelang? Und führt eine solche nicht zu einer Nivellierung nach unten an die weniger produktiven Länder, wodurch Europa an globaler Wettbewerbsfähigkeit einbüsste? Die Fragen stellen, heisst, sie beantworten. Dennoch bleibt es eine grosse Herausforderung für die SNB, dem Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken so zu begegnen, dass er für die Exportwirtschaft verkraftbar bleibt.
- Eine weitere Herausforderung besteht in der Lösung der **Too-big-to-fail-Problematik**. Das Ziel besteht in der Realisierung einer marktwirtschaftlichen Binsenwahrheit: der Markt muss eine versagende Unternehmung mit ihrem Tod bestrafen

können. Der Weg zum Ziel ist jedoch äusserst anspruchsvoll. Gäbe es eine einfache Lösung, so wäre das anhaltende internationale Ringen um Lösungen schon längst zu Ende. Die Kantone sind hier an einer Lösung oder zumindest Verringerung des Problems nicht nur indirekt interessiert: schlingernde oder zu rettende Banken schlagen nicht nur auf ihre Haushalte durch, sondern auch auf ihre Interessen als Aktionäre der SNB. Die Kantone wissen auch direkt, dass eine Kantonbank nicht nur Erträge bringt, sondern auch ein gewichtiges Klumpenrisiko darstellen kann. Wir sind deshalb gespannt, welche Lösungen die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission im Herbst dieses Jahres präsentieren wird.

- Eine letzte, aber nicht die unwichtigste Herausforderung besteht in der **Erlangung und Sicherung der internationalen Akzeptanz unseres wirtschafts- und steuerpolitischen Regulativs**. Die Standards der OECD erhielten via G-20 machtpolitisches Gewicht, die EU lenkte unter dem Titel „Staatsbeihilfen“ ihr Augenmerk auf die kantonalen Steuerstatus und die neue Regionalpolitik (NRP) und drängt auf den automatischen Informationsaustausch. Solches hat grundlegende Auswirkungen auf z.B. die Geschäftsmodelle der Banken, die Finanzhoheit der Kantone und auf das schweizerische Verhältnis des Steuerzahlers zu seinen Steuerbehörden.

Wir können den Druck des Auslands beklagen und es wäre naiv, ihm nur hehre und lautere Zielsetzungen zu unterstellen. Aber wir können den Druck so wenig ignorieren, als wir die EU, die OECD, die G-20 einfach abschaffen können. Es gibt sie, ob es uns passt oder nicht. Und unsere Wirtschaft ist global zu vernetzt und damit zu verletzlich, als dass wir dem Ausland eine lange Nase drehen könnten. Zudem ist unser Land gesellschaftlich und politisch zu heterogen, als dass sich alle geschlossen hinter eine bestimmte Marschrichtung stellen. Es findet sich immer eine politisch relevante Gruppierung, welche sich die Interessen des Ausland zu eigen macht und versucht, diese im Inland umzusetzen – was von ihren Gegnern mitunter als Selbstkasteiung empfunden wird. Aussitzen ist deshalb keine Lösung. Wir müssen uns dringend bewegen.

Die Finanzdirektorenkonferenz ist denn auch bereit, das Ihrige zur Lösung des Steuerstreits mit der EU beizutragen. Wir unterstützen auch die neuen Doppelbesteuerungsabkommen nach Art. 26 OECD-Musterabkommen und verschliessen

uns einer Abgeltungssteuer nicht von vornherein – dies, obschon es hier wie dort einige Kröten zu schlucken gibt: sei es der Eingriff in die kantonale Finanzhoheit bei der Unternehmenssteuerreform III, unter Umständen die Auswirkungen auf Steuersubstrat und Finanzhoheit der Kantone bei der Abgeltungssteuer oder sei es die Ungleichbehandlung in- und ausländischer Steuerbehörden bei den neuen Doppelbesteuerungsabkommen. Wir sind bereit, diese einstweilen in Kauf zu nehmen. Wir wollen, dass die neuen Doppelbesteuerungsabkommen möglichst rasch ratifiziert werden können.

Alles andere, das heisst die Übernahme der neuen Informationszugriff-Standards auch im Inland für Inländer, kann und muss warten. Dazu gehört die Frage der gleich langen Spiesse unserer Steuerbehörden, die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und –betrug, die Umsetzung einer Weissgeld-Strategie und deren mögliche Geltung auch im Inland. In der Klärung dieser Fragen müssen wir uns bewusst sein, dass der Köder nicht dem Fischer, sondern dem Fisch schmecken muss: eine Abgeltungssteuer mag ja wohl aus unserer Sicht der Königsweg sein, die Privatsphäre schützen und vielleicht sogar nicht nur die Neugeld, sondern auch die Altgeld-Problematik lösen. Aber die Rechnung kann nicht ohne den Wirt gemacht werden: das Ausland muss mitziehen. Das gilt auch für andere Instrumente, wie z.B. Amnestien, die je nach Land auf unterschiedliche Gegenliebe stossen dürften. Auf einzelne Staaten zugeschniderte, flexible Lösungen dürften deshalb erfolgversprechender sein. Schliesslich müssen wir uns bewusst sein, dass unsere internen Diskussionen über die richtige Strategie für den Finanzplatz Schweiz über Nacht ausgehebelt werden können. Denken Sie beispielsweise an den bunten Strauss von Ideen zur Bankenbesteuerung oder die USA, welche von ausländischen Finanzinstituten, die im Geschäft mit amerikanischen Wertpapieren und Kunden bleiben wollen, Informationen über amerikanische Kunden faktisch erzwingen.

Zum Schluss unterstreiche ich nochmals: der Finanzplatz Schweiz muss sich bewegen. Erst mit dem Vertrauen der schweizerischen Bevölkerung und mit internationaler Akzeptanz kann er seine Stärken, zu denen auch Ihre Professionalität gehört, auf Dauer ausspielen.